

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 02.07.2009
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Donnerstag, 18. Juni 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:55 Uhr - 19:29 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nichtanwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 02.04.2009 - öffentlicher Teil**
257/2009
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Genehmigung von Dienstreisen**
- 5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW über die Genehmigung einer Dienstreise der Ratsmitglieder Erich Dresbach und Günter Ziffus in die Partnerstadt Marijampole**
238/2009
- 5.2 Pauschale Genehmigung von Dienstreisen zum „Langen Tag der Region“ am 21.06.2009 in Gummersbach**
- 6. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**
246/2009

7. **Mitteilungsvorlage zum städtebaulichen Projekt Stadt :gestalten im Rahmen der Regionale 2010**
 - a) **Akteursbeteiligung**
 - b) **Sachstand Wettbewerb West**
 - c) **Städtebauliches Rahmenkonzept Ost**
 - d) **Sachstand Wettbewerb Ost**

213/2009
8. **Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Stadtmitte“**
- Erweiterung des Geltungsbereiches der Sanierungsmaßnahme „Bergisch Gladbach-Stadtmitte“

262/2009
9. **Verkehrsplanung Stadtmitte**
- Fließender und ruhender Verkehr

256/2009
10. **Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept Bergisch Gladbach**
 1. **Entscheidung über den Umgang mit den im Rahmen der zweiten Offenlage eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen**
 2. **Beschluss des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB und des Einzelhandelserlasses NRW (Nr. 4.1 Gemeindliche Einzelhandelskonzepte)**

263/2009
11. **E-Government-Konzept**

264/2009
12. **Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach**

239/2009
13. **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ der Stadt Bergisch Gladbach**

255/2009
14. **Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ für das Wirtschaftsjahr 2007**

266/2009
15. **Künftige Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Bergisch Gladbach**

280/2009
16. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**

259/2009
17. **Anträge der Fraktionen**
 - 17.1 **Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2009 zur Anwendung von Nothaushalt-Kriterien bei der Neueinstellung von Personal**

221/2009

**17.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2009 zur Haushaltsführung im Rahmen des
Neuen Kommunalen Finanzmanagements**
232/2009

18. Anfragen der Ausschussmitglieder

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 02.04.2009 - nichtöffentlicher Teil**
258/2009
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**
Hier: Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderung (RBW) und Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH (Bergischer Löwe)
269/2009
5. **Anträge der Fraktionen**
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nichtanwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Bürgermeister Orth eröffnet die 26. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Dr. Kassner, Herr Nagelschmidt (beide CDU), Frau Beisenherz-Galas (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Schmidt-Bolzmann (FDP) entschuldigt, die durch Frau Bendig, Herrn Kierspel (beide CDU), Herrn Schwamborn (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Dr. Fischer (FDP) vertreten werden.

Von Seiten der Verwaltung hat sich Frau Fahner für die heutige Sitzung entschuldigt.

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 03.06.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie
- eine Aktualisierung mit Schreiben vom 10.06.2009 zu TOP A 17.1 (DS-Nr. 221/2009).

Herr Schütz fragt zu TOP A 5 (DS-Nr. 238/2009), ob auch eine pauschale Dienstreisegenehmigung für die Ratsmitglieder erteilt werden könne, die am 21.06.2009 am „Langen Tag der Region“ in Gummersbach teilnehmen wollen.

Dies wird von Herrn Orth bejaht. Er weist darauf hin, dass dies nötig sei, um den Versicherungsschutz der Dienstreisenden zu gewährleisten. Er schlägt vor, die Tagesordnung um den TOP A 5.2 - Pauschale Genehmigung von Dienstreisen zum „Langen Tag der Region“ am 21.06.2009 in Gummersbach - zu erweitern.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 02.04.2009 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 02.04.2009 - öffentlicher Teil

@->

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Mumdey: Mitteilung zum Gemeindanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer

Herr Mumdey teilt dem Hauptausschuss die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung für die Stadt Bergisch Gladbach mit: Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer werde nach der Steuerschätzung im Jahr 2009 um 2.682.000,- EUR, im Jahr 2010 um 11.804.000,- EUR, im Jahr 2011 um 12.651.000,- EUR und im Jahr 2012 um 13.506.000,- EUR im Verhältnis zur bisherigen Planung sinken. Es handele sich bei den Zahlen um Schätzungen. Er werde Ende Juli 2009 vom Land Mitteilung über das konkrete Ergebnis des Gemeindeanteils an den beiden Steuerarten zum 30.06.2009 erhalten.

Herr. Dr. Fischer fragt, ob sich auch die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen bereits prognostizieren lasse.

Herr Mumdey antwortet, diesbezüglich gingen die Schätzungen noch auseinander. In der vergangenen Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses habe er die damals aktuelle Prognose von etwas mehr als 7 Mio. EUR bekannt gegeben. Die Eingänge im Mai seien jedoch günstiger gewesen, als erwartet. Die neueste Schätzung vom 15.06.2009 prognostiziere ein Minus von 5.615.000,- EUR im Vergleich zur Haushaltsplanung.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

<-@

5. Genehmigung von Dienstreisen

5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW über die Genehmigung einer Dienstreise der Ratsmitglieder Erich Dresbach und Günter Ziffus in die Partnerstadt Marijampole

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die Dringlichkeitsentscheidung über die Genehmigung der Dienstreise der Ratsmitglieder Erich Dresbach und Günter Ziffus in die litauische Partnerstadt Marijampole in der Zeit vom 29.05.2009 bis 31.05.2009 wird hiermit genehmigt.

<-@

5.2 Pauschale Genehmigung von Dienstreisen zum „Langen Tag der Region“ am 21.06.2009 in Gummersbach

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dienstreisen von Ratsmitgliedern zur Teilnahme am „Langen Tag der Region“ am 21.06.2009 in Gummersbach werden pauschal genehmigt.

<-@

6. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.

@->

Herr Hagen begibt sich auf Grund von Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Orth bedankt sich beim Verschönerungsverein für das außerordentliche und großzügige Engagement für die Stadtbildpflege und erläutert die vorgesehene Restaurierungsmaßnahme.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. wird mit besonderem Dank angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

7. Mitteilungsvorlage zum städtebaulichen Projekt Stadt :gestalten im Rahmen der Regionale 2010

a) Akteursbeteiligung

b) Sachstand Wettbewerb West

c) Städtebauliches Rahmenkonzept Ost

d) Sachstand Wettbewerb Ost

@->

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

8. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Stadtmitte“
- Erweiterung des Geltungsbereiches der Sanierungsmaßnahme „Bergisch Gladbach-Stadtmitte“

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB folgenden **Beschluss**:

- I. Der Hauptausschuss stimmt vorliegender Begründung für die Erweiterung des Geltungsbereiches der Sanierungsmaßnahme „Bergisch Gladbach - Stadtmitte“ zu.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB folgenden **Beschluss**:

- II. Der Hauptausschuss beschließt daraus folgend die Beteiligung der Öff-

fentlichkeit und der Betroffenen gemäß § 137 BauGB sowie der öffentlichen Aufgabenträger gemäß § 139 BauGB.

9. <-@
Verkehrsplanung Stadtmitte
- Fließender und ruhender Verkehr

@->

Herr Dr. Fischer verliest einen Antrag der FDP-Fraktion zu den TOP A 7 und A 9 der heutigen Sitzung. Buchstabe b) des Antragstextes ergänzt Herr Dr. Fischer dahingehend, dass hiermit auch das Parkkonzept gemeint sei. Der Antrag der FDP-Fraktion ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Orth antwortet, die Verwaltung werde die in dem Antrag geforderte Prüfung vornehmen und die Ergebnisse darstellen.

Herr Hoffstadt schlägt vor, den Antrag zur weiteren Behandlung an den zuständigen Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu überweisen.

Herr Lang fragt, ob die Stadt, sofern für die Regionale-Maßnahmen Mehrkosten entstünden, diese komplett selbst zu tragen hätte, weil die Zuschüsse nicht entsprechend erhöht würden. Die Regionale-Maßnahmen würden die Stadt nach seiner Schätzung insgesamt zwischen 40 Mio. und 50 Mio. EUR kosten.

Herr Orth antwortet, er könne die Kostenschätzung von Herrn Lang aus dem Stand nicht nachvollziehen. Herr Schmickler antwortet ergänzend, die Fördermittel für die Regionale aus dem Fördertopf der Städtebauförderung seien für die jeweiligen Kommunen natürlich begrenzt. Es bleibe abzuwarten, ob nach einer Mittelanforderung durch die Kommunen eventuell noch eine Restmittel-Vergabe stattfinden werde. Zudem gebe es noch einen Fördertopf, der bisher nicht einkalkuliert worden sei, aus dem man nun jedoch möglicherweise Mittel anfordern könne. Dabei handele es sich um Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in erheblichem Umfang.

Herr Schütz signalisiert die grundsätzliche Zustimmung der KIDinitiative zu der vorgestellten Verkehrsplanung Stadtmitte, auch wenn es viele Details gebe, zu denen die Fraktion KIDinitiative noch Beratungsbedarf sehe. Als Beispiel benennt Herr Schütz den Erhalt der Jugendgaststätte Quirl's.

Herr Mömkes bittet die Verwaltung, die Interessen der Händler in den Wettbewerb einzubeziehen. Die Vorschläge könnten ohne weiteres weiter verfolgt werden.

Herr Orth verliest aus einem Schreiben der Interessen- und Standortgemeinschaft (ISG) Stadtmitte vom 16.06.2009 zum Thema „Ersatzstellplätze Parkplätze Buchmühle“: Die ISG schlage vor, eine Priorisierung von Maßnahmen vorzunehmen. Zunächst sollten die Erweiterung der Tiefgarage und die Realisierung der Parkpalette am Kieser-Gebäude mit einer Zufahrt aus Westen erfolgen. Die heutige Zahl der Stellplätze auf dem Fronhof (westlicher Bereich Buchmühle) sollte auf jeden Fall erhalten bleiben. Nach Vorstellung der ISG sollte die geplante Erweiterung des Parkdecks Schnabelsmühle zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, da diese Stellplätze der oberen Hauptstraße nur eingeschränkt zu Gute kommen würden.

Er selbst sehe auf Anhieb keinen Widerspruch zwischen den Forderungen der ISG

und dem geplanten Vorgehen.

Herr Mömkes ergänzt, es seien insofern bereits entsprechende Beschlüsse gefasst worden, als dass die Umsetzung der Regionale im Bereich Buchmühle nur erfolgen könne, wenn vorher dauerhafter Ersatz geschaffen worden sei.

Herr Lang fragt, was dagegen spreche, am Verkehrsknotenpunkt Hauptstraße/Odenthaler Straße zunächst eine der kostengünstigsten Varianten - „abknickende Vorfahrt“ oder „lichtsignalgesteuert“ - zumindest vorübergehend einzuführen. Die in der vorangegangenen gemeinsamen Ausschusssitzung beschlossene Variante für die Odenthaler Straße sei sehr kostenintensiv und nur langfristig realisierbar. Die Anlieger der Straßen Am Mühlenberg und Vollmühlenweg müssten von der hohen Verkehrsdichte entlastet werden. Er beantragt, der Hauptausschuss solle über seinen Vorschlag abstimmen.

Herr Orth antwortet, dem Vorschlag stehe grundsätzlich nichts entgegen; in der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sowie des Planungsausschusses hätten sich die Ausschussmitglieder jedoch mehrheitlich für die Variante „Kreisverkehr“ entschieden und eine entsprechende Beschlussempfehlung abgegeben.

Herr Dr. Baeumle-Courth entgegnet in Bezug auf die Ausführungen des Bürgermeisters zum Schreiben der ISG, die Forderung einer Westzufahrt zur Parkpalette am Kieser-Gebäude sei sehr problematisch. Der Hauptausschuss solle nicht allen Forderungen leichtfertig zustimmen, sondern das Schreiben zur Kenntnis nehmen. Zudem wolle er daran erinnern, dass sich die Beteiligten im Regionale-Prozess neuen Ideen öffnen sollten. Es gehe auch im Bereich Schnabelsmühle darum, eine neue Situation zu schaffen, für die man sich nicht an der bestehenden „unterirdischen“ Situation orientieren dürfe.

Auf jeden Fall sollte, wie auf Seite 6 der Vorlage beschrieben, zunächst ein Verkehrsversuch vorgenommen werden.

Herr Orth erläutert, auch er sei der Auffassung, dass der Hauptausschuss das Schreiben der ISG heute zur Kenntnis nehme.

Herr Dr. Fischer dankt der Verwaltung für die gute Umsetzung der Regionale 2010. Er plädiert dafür, die Variante „abknickende Vorfahrt“ in die weiteren Planungen aufzunehmen und nicht nur die Variante „Kreisverkehr“, deren Kostenentwicklung noch gar nicht absehbar sei. Die Variante „abknickende Vorfahrt“ habe zudem auch keine funktionalen Nachteile.

Herr Waldschmidt entgegnet, in der vorangegangenen gemeinsamen Ausschusssitzung sei bereits eine Willensbildung in Richtung der Variante „Kreisverkehr“ erfolgt. Er bittet darum, dies zu akzeptieren.

Herr Orth schlägt vor, nach dem Muster der vorangegangenen gemeinsamen Ausschusssitzung über den Beschlussvorschlag und dann über den Antrag von Herrn Lang, kurzfristig einen Verkehrsversuch im Sinne der abknickenden Vorfahrt durchzuführen, abzustimmen.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB folgen-

den **modifizierten Beschluss**:

Der Vorplanung für den Umbau und die Umgestaltung der Erschließungsachse Gohrsmühle-Schnabelsmühle-Hauptstraße für den Streckenabschnitt zwischen dem Driescher Kreuz bis zum Knoten Hauptstraße/Odenthaler Straße wird zugestimmt. Über den Verkehrsknoten Hauptstraße/Odenthaler Straße wird gesondert Beschluss gefasst.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Vorplanung eine Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung zu beauftragen sowie nach Prüfung der Förderfähigkeit entsprechende Förderanträge zu stellen.

Herr Orth lässt daraufhin über die Varianten zum Verkehrsknoten Hauptstraße/Odenthaler Straße abstimmen:

Für die Hauptvariante „abknickende Vorfahrt“ stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative, BfBB und der Bürgermeister. Mit Gegenstimmen von CDU und SPD wird diese Variante mehrheitlich abgelehnt.

Für die Variante 4.7 „lichtsignalgesteuert“ stimmen FDP und BfBB. Mit Gegenstimmen von CDU und SPD wird diese Variante bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative mehrheitlich abgelehnt.

Für die Variante 5.7 „Kreisverkehr“ stimmen CDU und SPD gegen die Stimmen der übrigen Hauptausschussmitglieder bei Enthaltung des Bürgermeisters. Diese Variante wird damit mehrheitlich angenommen.

Daraufhin stimmen alle Hauptausschussmitglieder gegen die Variante 5.6 „Turbokreisverkehr“.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Dem vorgestellten Parkraumkonzept für den östlichen Bereich der Stadtmitte wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abhängigkeit des Wettbewerbsergebnisses Ost (Gestaltung der Freiräume entlang der Strunde) die Entwurfsplanung für die konzipierten Parkieranlagen zu beauftragen.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Lang abstimmen:

Für den Antrag von Herrn Lang stimmen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative und BfBB. Mit Gegenstimmen der CDU und der SPD wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

10. **<-@**
Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept Bergisch Gladbach
1. Entscheidung über den Umgang mit den im Rahmen der zweiten Offenlage eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen
2. Beschluss des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzepts als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB und des Einzelhandelserlasses NRW (Nr. 4.1 Gemeindliche Einzelhandelskonzepte)

@->

Herr Mömkes weist darauf hin, dass eine Entscheidung über das Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept den im August neu zu wählenden Rat in der nächsten Wahlperiode binde. Er schlage daher vor, die Entscheidung über den Beschlussvorschlag zu vertagen. Die Entscheidung solle der neu gewählte Rat treffen, der das Konzept letztendlich auch auf seinen Erfolg hin überprüfen müsse.

Herr Lang erklärt, die BfBB habe in Bezug auf das Konzept von Anfang an Bedenken geäußert. Es dürfe nicht Aufgabe der Stadtplanung sein, Konkurrenz zu unterbinden. In der Zwischenzeit sei über ein Einkaufszentrum an der Kempener Straße diskutiert worden, welches letztendlich zurückgezogen werden musste. Er stelle sich heute die Frage, ob dies auch darin begründet gewesen sei, dass das Einkaufszentrum dem Konzept entgegengestanden habe. Er selbst habe mit dem interessierten Investor gesprochen und ihn um Einverständnis gebeten, dass die Verwaltung der BfBB-Fraktion die Frage beantworte, wer der „beste Steuerzahler“ der Stadt Bergisch Gladbach sei, was von dem Investor bejaht worden sei, allerdings nicht in Bezug auf die Höhe der Steuern. Er habe den Eindruck gehabt, dass der Investor sich selbst durch das Konzept beeinträchtigt fühle und es auch insgesamt als Beeinträchtigung für den freien Handel empfinde. Herr Lang bittet um Beantwortung seiner Frage.

Herr Dr. Fischer erläutert, die FDP-Fraktion würde dem Konzept in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen, da die Realität in der Stadt mit ihren großen Einkaufszentren nicht korrekt abgebildet werde und es diesbezüglich auch keine Untersuchungen über das Kaufverhalten der Bürger gebe. Die FDP-Fraktion wolle, dass das Konzept überarbeitet wird und werde daher auch dem Vertragsantrag zustimmen.

Herr Dr. Baeumle-Courth entgegnet, der bestehende Rat sei arbeitsfähig und könne das Konzept daher beschließen. Eine Vertagung der Beschlussfassung halte er für politisch extrem durchsichtig. Inhaltlich habe auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN noch Detailkritik, was er auch für vollkommen normal halte. Die Argumentation von Herrn Dr. Fischer könne er jedoch nicht nachvollziehen, da auch die FDP-Fraktion über die Workshops an der Konzepterstellung beteiligt gewesen sei. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde dem Vertragsantrag daher nicht zustimmen.

Herr Schütz signalisiert die Zustimmung der Fraktion KIDinitiative zu dem Vertragsantrag. Er hätte dem Konzept heute auch inhaltlich nicht zugestimmt, vor Allem weil die Anregungen der IHK erneut nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Der Argumentation von Herrn Mömkes schließt sich Herr Schütz an. Er wolle in diesem Zusammenhang an den Grundsatzbeschluss erinnern, dass Ausschusssitzungen um 17:00 Uhr beginnen sollen und nicht schon um 15:00 oder 16:00 Uhr, wie in letzter Zeit häufiger geschehen. Er bittet die Verwaltung, diesen Grundsatzbeschluss zu berücksichtigen.

Herr Orth lässt daraufhin über den Vertagungsantrag von Herrn Mömkes abstimmen:

Der Antrag wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

11. <-@
E-Government-Konzept

@->

Herr Kreilkamp erläutert, der Bürgermeister halte E-Government für ein wichtiges Thema, das die Bürgerorientierung und Verwaltungsmodernisierung weiter voranbringen werde. Der Rat habe das Haushaltsziel „Erstellung eines E-Government-Konzeptes“ beschlossen. Inhaltlich verweist Herr Kreilkamp auf die Mitteilungsvorlage.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet darum, der Niederschrift eine kurze Übersicht über die überregionalen E-Government-Projekte, in denen sich die Stadt Bergisch Gladbach engagiert (Seite 3 der Vorlage), beizufügen. Zudem fragt er, ob die Verwaltung bereits eine Prognose in Bezug auf die Höhe der Kosten abgeben könne, die durch die Einführung des Bürgerportals De-Mail entstünden. Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um Auskunft, ob die Verwaltung die Einführung eines neuen Ratsinformationssystems noch im Jahr 2009 für realistisch halte oder ob dies eher erst im Jahr 2010 verwirklicht werde.

Herr Kreilkamp antwortet, eine Übersicht über die Beteiligung an überregionalen E-Government-Projekten werde der Niederschrift beigelegt. Das Projekt De-Mail werde in Zusammenarbeit mit der Datenverarbeitungszentrale KDVB umgesetzt. Die Umsetzung sei für 2010 geplant. Die Kosten würden der Stadt Bergisch Gladbach vor der Entscheidung über eine Teilnahme an dem Bürgerportal durch die KDVB ermittelt und mitgeteilt. Zum Ratsinformationssystem sei ein interfraktioneller Arbeitskreis eingerichtet worden. Die Auftragserteilung stehe kurz bevor, so dass das neue Verfahren noch in diesem Jahr eingesetzt werden könne.

Herr Schütz bittet um Konkretisierung der Aussage „weitere Verfahren, die in den nächsten Jahren eingeführt werden sollen“ (Seite 3 der Vorlage). Die derzeitige Situation in Sachen „Ratsinformationssystem“ sei im Übrigen katastrophal.

Herr Kreilkamp antwortet, zunächst werde die Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach neu gestaltet. Noch in diesem Jahr werde ein neues Ratsinformationssystem eingeführt. Bis spätestens Anfang 2010 solle ein Konzept zur elektronischen Vergabepattform entwickelt werden, das dann in 2010 umgesetzt werde. Bezüglich des Dokumentenmanagementsystems solle bis zum Jahresende der elektronische Rechnungseingang realisiert werden. Mit der Einrichtung einer virtuellen Poststelle und der Möglichkeit, per Internet elektronisch zu bezahlen, werde man sich im nächsten Jahr befassen. Über die Teilnahme am Projekt D 115 seien die Ratsmitglieder bereits umfangreich informiert. Zudem befasse sich die Verwaltung mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die ab 2010 gelte. Herr Kreilkamp weist darauf hin, dass auf der Homepage der Stadt bereits viele Dienstleistungen ausführlich beschrieben würden. Er gibt dabei zu bedenken, dass den Behörden beim Anbieten elektronischer Dienstleistungen durch die Verwaltungsverfahrensgesetze enge Grenzen gesetzt sei-

en, da häufig eine persönliche Unterschrift oder eine qualifizierte digitale Signatur vorgeschrieben sei. Er sehe E-Government als Herausforderung, Geschäftsprozesse der Verwaltung für den Kunden zu optimieren.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. <-@
Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Herr Dr. Fischer hält das Konzept für geeignet, die bisher unzureichende Steuerung der städtischen Beteiligungsgesellschaften durch den Rat zu verbessern. Er äußert Bedenken daran, dass es ohne weiteres möglich sei, fakultative Aufsichtsräte abzuschaffen, da Gesellschafterversammlungen üblicherweise nur einmal jährlich stattfinden würden, was für die Steuerung der Geschäftsführung möglicherweise nicht ausreiche. Eine Abschaffung der fakultativen Aufsichtsräte könne sich zudem vor allem in den Gesellschaften als schwierig erweisen, an denen die Stadt nur kleine Anteile halte. Herr Dr. Fischer fragt, ob mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag auch eine Entscheidung über eine der Alternativen unter Ziffer 1.2 des Steuerungskonzeptes verbunden sei.

Herr Orth antwortet, das Konzept sehe vor, dass die Arbeit der fakultativen Aufsichtsräte von den Gesellschafterversammlungen übernommen werden solle, die dann nicht nur einmal, sondern mehrmals jährlich zusammentreten sollen. Diese Lösung sei auch in den Gesellschaften, an denen die Stadt nur mit Anteilen beteiligt sei, umsetzbar.

Herr Lang erläutert, die BfBB-Fraktion habe als erste Kritik an dem bestehenden System der Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach geäußert. Die BfBB-Fraktion habe diesbezüglich auch beantragt, die Eigengesellschaften aufzulösen. Es werde in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht deutlich, für welche der unter Ziffer 1.2 dargestellten Alternativen sich der Rat bei der Beschlussfassung über das Konzept entscheide. Er bittet um Klarstellung.

Herr Orth antwortet, die Gesellschaften selbst müssten ihre Gesellschaftsverträge ändern. Die städtischen Vertreter in den Gesellschaften würden durch einen Ratsbeschluss über den Beschlussvorschlag angewiesen, dies zu veranlassen. Die Verwaltung schlage vor, die fakultativen Aufsichtsräte abzuschaffen.

Herr Lang entgegnet, er gehe davon aus, dass dazu im Einzelfall noch weitere Beschlüsse notwendig seien, was von Herrn Orth bejaht wird. Herr Lang führt aus, unter dieser Voraussetzung werde die BfBB-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er gibt zu bedenken, dass es notwendig sein könnte, in den nicht abschließenden Katalog der weisungspflichtigen Geschäftsvorfälle (Anlage 1 zum Steuerungskonzept) auch den Geschäftsvorfall „Klage einer Beteiligungsgesellschaft gegen die Stadt Bergisch Gladbach“ aufzunehmen; im Falle einer Klage einer Beteiligungsgesellschaft gegen die Stadt Bergisch Gladbach habe die Stadt nämlich in jedem Fall die Prozesskosten zu tragen.

Herr Waldschmidt signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Beschluss-

vorschlag. In Bezug auf die mögliche Einrichtung eines Steuerungsausschusses bestehe noch Beratungsbedarf insofern, als dass möglicherweise auch die Fachausschüsse einbezogen werden sollten.

Herr Mömkes signalisiert auch die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag, der eine deutlich bessere Kontrolle der Beteiligungen herbeiführe.

Herr Schütz kritisiert, der Beschlussvorschlag sei nicht geeignet, eine hinreichende Steuerung und Kontrolle zu gewährleisten. Er beantragt daher, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „3. Die städtischen Vertreter haben den zuständigen Ausschüssen und dem Rat regelmäßig Bericht zu erstatten und Rede und Antwort zu stehen.“. Die Fraktion KIDinitiative halte die vorgeschlagene Einrichtung eines Steuerungsausschusses auf Grund der zu erwartenden Personenidentität für Unsinn. Der Hauptausschuss solle auch Steuerungsausschuss sein. Zudem solle der Umsetzungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes „Die städtischen Vertreter in den Gesellschaften (...) sollten initiieren, dass Einladungsdokumente (...), Protokolle (...) direkt von der Gesellschaft an das zentrale Controlling gesandt werden.“ unbedingt in das Konzept übernommen werden. Herr Schütz regt an, dass die städtischen Vertreter der Verwaltung auch Kopien der Unterlagen zukommen lassen sollten. Ihm stelle sich auch die Frage, was mit diesen Unterlagen geschehe, wenn ein städtischer Vertreter ausscheide. In diesem Fall sollte die Verpflichtung bestehen, die Unterlagen an die Verwaltung zurückzugeben.

Herr Mumdey erläutert, die Vertreter der Stadt in einer Gesellschafterversammlung seien unstreitig berichtspflichtig und weisungsgebunden.

Herr Schütz entgegnet, dann beantrage er, die Pflichten auch für Vertreter der Stadt in Aufsichtsräten in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Herr Orth antwortet, er teile dieses politische Anliegen. Es sei der Zweck des Beschlussvorschlages, dies durch die Abschaffung der fakultativen Aufsichtsräte zu erreichen. Die von Herrn Schütz beantragte Berichtspflicht von Aufsichtsratsmitgliedern verstoße jedoch gegen das Gesellschaftsrecht.

Herr Schütz kann diese Auskunft nicht nachvollziehen und bittet um eine schriftliche Darstellung der Rechtslage.

Herr Orth entgegnet, bei einer Umsetzung des Beteiligungskonzeptes erübrige sich diese Frage.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@
@->

1. **Dem der Vorlage als Anlage beigefügten Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen, an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist, wird zugestimmt.**
2. **Die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Organen der Unternehmen und Einrichtungen werden beauftragt, das Konzept umzusetzen bzw. bei Minderheitsbeteiligung auf die Umsetzung hinzuwirken.**

13. <-@
Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in
Aktiva und Passiva mit 25.139.113,70 EUR

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresfehlbetrag von -4.918.854,03 EUR
fest.

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.
3. Der Jahresfehlbetrag sowie ein Teil des Verlustvortrages aus 2006 werden in Höhe von 5.213.000,- EUR durch Entnahme aus den Rücklagen abgedeckt.

14. <-@
Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ für das Wirtschaftsjahr 2007

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Hauptausschuss erteilt die Entlastung der Betriebsleitung der Einrichtung „Städtische Feuerwehr“ für das Wirtschaftsjahr 2007.

15. <-@
Künftige Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Bergisch Gladbach

@->

Herr Mömkes, Herr Waldschmidt, Herr Schütz, Frau Koshofer, Herr Lang und Herr Dr. Baeumle-Courth begrüßen den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über die Finanzierung und die Fortführung der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

Die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach wird ab dem Jahr 2010 so umgestellt, dass der Rheinisch-Bergische Kreis einen jähr-

lichen Zuschuss in Höhe von maximal 67.000,- EUR und die Stadt Bergisch Gladbach einen jährlichen Zuschuss in Höhe von maximal 35.000,- EUR gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Vertrag mit dem „Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.“ und dem Rheinisch-Bergischen Kreis abzuschließen. Der Vertrag soll eine Laufzeit von drei Jahren haben.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsplan 2010 eingestellt.

16. <-@
Bericht aus dem Integrationsbeirat

@->

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

17. <-@
Anträge der Fraktionen
17.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2009 zur Anwendung von Nothaushalt-Kriterien bei der Neueinstellung von Personal

@->

Herr Dr. Fischer fragt, ob es zutrefte, dass die in den insgesamt 54 externen Einstellungen enthaltenen „zusätzlichen“ Einstellungen, bei denen es sich nicht um Wiederbesetzungen von Planstellen handelt, im Rahmen der vom Hauptausschuss beschlossenen Personalplanung vorgenommen worden seien. Er bittet um Auskunft, wie viele zusätzliche Stellen hierdurch besetzt worden seien und ob im Gegenzug an anderen Stellen Personaleinsparungen vorgenommen werden konnten.

Herr Kreilkamp antwortet, die Verwaltung versuche seit vielen Jahren, die Personalkosten zu senken. Es werde natürlich immer schwieriger, frei werdende Stellen nicht wiederzubesetzen. In der Vorlage und dem Aktualisierungsschreiben habe die Verwaltung dargestellt, dass das Verfahren der Stadt im Umgang mit frei werdenden Stellen von der Gemeindeprüfungsanstalt als sog. „Best-Practice-Verfahren“ für alle Kommunen angesehen wurde. Die Verwaltung habe diese Verfahrensweise beibehalten, so dass über jede frei werdende Stelle der Verwaltungsvorstand entscheide. In 2007/2008 seien 37 Dauereinstellungen und 17 befristete Einstellungen vorgenommen worden. Ohne auf die organisatorischen Hintergründe einzugehen, sei demgegenüber jedoch festzuhalten, dass im gleichen Zeitraum 77 Personalabgänge aus „Dauereinstellungen“ erfolgt seien.

Herr Lang erläutert, der Hauptausschuss müsse dem Vorschlag der Verwaltung, dem Antrag aus rechtlichen Gründen nicht zu entsprechen, nicht nachkommen. Wenn der Antrag der FDP-Fraktion wie folgt geändert werde, könne der Hauptausschuss ihn beschließen: „Der Bürgermeister wird gebeten, bei Neueinstellungen von Personal die Kriterien anzuwenden, die für einen Nothaushalt gelten.“

Herr Orth schlägt dem Hauptausschuss vor, den Antrag als Anfrage der FDP-Fraktion zu betrachten, die nunmehr beantwortet sei.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

17.2 <-@
Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2009 zur Haushaltsführung im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements

@->

Herr Dr. Fischer zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion im Finanz- und Liegenschaftsausschuss in Bezug auf die Planbilanzen (Ziffer 3.) unzufrieden. Es sei nur wenig Aufwand, aus Ergebnisplänen oder der mittelfristigen Finanzplanung Planbilanzen zu erstellen.

Die in der heutigen Sitzung zu behandelnde Ziffer 1. des Antrages halte er aufrecht. Er sei der Meinung, dass finanzielle Auswirkungen von Anträgen immer dargestellt werden müssen, bevor über den Antrag entschieden werde, und dass jedes Ausschussmitglied im Falle der Nichteinhaltung dieser Vorgabe den Antrag zurückweisen können müsse.

Herr Orth entgegnet, dass das Kommunalverfassungsrecht dieser Forderung entgegenstehe. Das Antragsrecht der Ratsmitglieder dürfe nicht derart eingeschränkt werden.

Herr Dr. Fischer zieht den Antrag zurück. Es gehe der FDP-Fraktion um Vorschläge der Verwaltung oder auch von Ratsmitgliedern, zu denen die Verwaltung eine Stellungnahme abgebe. Diese „Behandlung“ durch die Verwaltung solle auch eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen enthalten.

Herr Lang ergänzt, es handele sich bei dem Antrag der FDP-Fraktion im Grunde um Fragen, und Fragen müsse die Verwaltung immer beantworten.

Herr Waldschmidt zeigt sich verwundert über das Demokratieverständnis der FDP-Fraktion. Es könne nicht sein, dass durch das Veto eines Ausschuss-/Ratsmitgliedes ein Antrag von der Tagesordnung abgesetzt werde. Über einen Antrag auf Absetzung einer Angelegenheit von der Tagesordnung müsse der Ausschuss bzw. Rat mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder entscheiden.

Herr Mömkes weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion in ihrem Antrag „Beschlussvorlagen“ und nicht „Anträge“ meine. Diese Forderung, dass die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen in den Vorlagen dargestellt werden müssen, werde ja auch von allen Ratsmitgliedern unterstützt. Dabei sollte auch deutlich werden, ob die Mittel im Haushaltsplan enthalten seien und wenn nicht, so müsse ein Deckungsvorschlag unterbreitet werden. Ein Vetorecht eines einzelnen Ausschuss- oder Ratsmitgliedes dürfe es jedoch nicht geben.

18. <-@
Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Dr. Fischer: Anfrage zu TOP A 8 der heutigen Sitzung

Herr Dr. Fischer fragt zu TOP A 8 der heutigen Sitzung (DS-Nr. 262/2009, Seite 6 der Vorlage (Bereich „westlich Kalkstraße“)), ob es zutrefte, „dass sich die Fläche in kommunalem Eigentum befindet“. Nach seinem Kenntnisstand befinde sich die Fläche in Privateigentum.

Herr Orth antwortet, es handele sich um eine städtische Fläche.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@